

Sektionen Arbeits- und Industriesoziologie und Umweltsoziologie

Workshop »Arbeit und Umwelt. Sozialwissenschaftliche Perspektiven im Dialog« am 27. und 28. März 2015, Institut für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München

Die wachsende Bedeutung »grüner Industrien« und die Szenarien einer »Postwachstumsgesellschaft« implizieren einen fundamentalen sozial-ökologischen Strukturwandel. Dass dabei absehbar auch die Arbeit als gesellschaftliche Basisinstitution unter erheblichem Veränderungsdruck steht, zählt bisher allerdings nicht zu den Kernthemen der Soziologie. Zugespitzt könnte mit Bezug auf die beiden hier maßgeblichen Subdisziplinen gar von einer »arbeitslosen Umweltsoziologie« und einer »naturvergessenen Arbeitssoziologie« gesprochen werden. Vor diesem Hintergrund wurden auf dem Workshop, der mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung stattfand, die bisherige soziologische Beschäftigung mit dem Verhältnis von Arbeit und Umwelt rekapituliert und die Schnittmengen von Arbeits-/Industriesoziologie und Umweltsoziologie für zukünftige Forschungen ausgelotet.

Der erste thematische Block war dem Rück- und Ausblick auf eine »Arbeits- und Umweltsoziologie« gewidmet. *Günter Warsewa* (Bremen) und *Sebastian Brandl* (Schwerin) zeigten in ihren Beiträgen, dass die Suche nach Schnittmengen zwischen Arbeit und Umwelt durchaus eine Geschichte hat. Warsewa zeichnete die zwar kontinuierliche jedoch v.a. in Form von Einzelstudien vollzogene soziologische Beschäftigung mit Arbeit und Umwelt seit den 1980er Jahren nach. Seit Mitte der 1990er Jahre hätten die beiden Subdisziplinen eine bis heute nachwirkende Absetzbewegung voneinander vollzogen, um je eigene Forschungsprogramme zu verfolgen. Brandl hob in der Retrospektive des transdisziplinären Verbundprojekts »Arbeit und Ökologie« (1997ff.) hervor, dass hier u.a. darauf abgezielt wurde, ein Konzept sozialer Nachhaltigkeit zu entwickeln, an dessen Ausgangspunkt ein erweitertes Verständnis von Arbeit stand, das sowohl ihre (natur-)destruktiven als auch produktiven Aspekte betonte. Zudem unterstrich er die faktische Kontinuität der »Bruchlinien« zwischen Arbeit und Umwelt, die sich immer wieder im Gegensatz von Arbeitsplatz- und Umweltschutzinteressen zeige.

Das Konzept sozialer Nachhaltigkeit stand auch im Zentrum des Beitrags von *Hellmuth Lange* (Bremen). Nachhaltigkeit könne als »Fortführung

der sozialen Frage unter den umwelt- und ressourcenspezifischen Bedingungen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts« verstanden werden. Zwar sei sozialen Konflikten schon seit jeher eine ökologische Ebene inhärent, eine weitere Verschränkung umwelt- sowie arbeits-/industriesoziologischer Fragen sollte nun darin bestehen, diesen oftmals ausgeblendeten Aspekten systematisch und unter aktuell verschärften gesellschaftlichen Randbedingungen nachzugehen. *Hans Pongratz* (München) plädierte in seinem Beitrag für eine Weiterentwicklung der theoretischen Grundlagen von Arbeit und Natur, um die überwiegend einseitigen Perspektiven auf entweder Arbeit oder Natur zu überwinden. So könne beispielsweise die Arbeit, mit Rekurs auf den Marxschen Arbeitsbegriff, als Stoffwechsel mit der Natur, d.h. als im inneren (Körperlichkeit) wie äußeren (Umwelt) Bezug »originäre Naturerfahrung«, verstanden werden. Im letzten Beitrag dieses Blocks diskutierte *Beate Littig* (Wien) geschlechterspezifische Aspekte der *Green Economy* und *Green Jobs*-Debatten. Weder sei bisher die Qualität der Beschäftigung noch die Genderproblematik ausreichend thematisiert worden: Das präsenste Bild guter »grüner« Arbeitsplätze für Höherqualifizierte treffe am ehesten in den von Männern dominierten technischen Sektoren zu, während ein Großteil der *Green Jobs* auf die mehrheitlich von Frauen übernommenen Tätigkeiten in oftmals prekären Beschäftigungsformen entfalle – z.B. in Handel und Landwirtschaft.

Im zweiten Themenblock standen die Spannungslinien und Konflikte der globalen sozial-ökologischen Veränderungsprozesse im Vordergrund. *Imme Scholz* (Bonn) betrachtete die aus der steigenden Bedeutung der Schwellen- und Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft resultierenden globalen politisch-ökonomischen Machtverschiebungen. Neben der Frage, wie Umwelt- und Sozialstandards in globalen Wertschöpfungsketten zu verankern wären, stelle der Zusammenhang zwischen den jeweiligen Integrationsformen in die globale Ökonomie, den dominierenden Entwicklungsmodellen und Positionierungen in der internationalen Umweltpolitik ein aktuelles Untersuchungsfeld dar. *Nora Räthzel* (Umeå) betrachtete die durchaus konflikthafter Nord-Süd-Beziehungen zwischen Gewerkschaften, die neben der strukturellen Überlegenheit der nördlichen Organisationen in Fragen des Klimaschutzes auch von politischen Differenzen gekennzeichnet seien. Die korporatistisch eingebundenen Gewerkschaften des Nordens stünden als wesentlicher Teil wachstumsorientierter Entwicklungsmodelle oftmals im Konflikt mit eher bewegungsnahen südlichen Gewerkschaften. *Georg Jochum* (München) verfolgte in seinem Beitrag das Ziel,

eine dekoloniale Perspektive auf die Arbeits- und Umweltsoziologie zu übertragen. Von der Annahme eines engen historisch-logischen Zusammenhangs zwischen der Kolonisierung der beiden Amerikas und der Kolonisierung der Natur ausgehend würde eine dekolonial erweiterte Arbeitssoziologie ein weites Arbeitsverständnis ins Zentrum stellen, das auch außereuropäische Arbeits- und Naturverständnisse stärker berücksichtigen könnte.

Im letzten Themenblock des Workshops standen die Akteure der gegenwärtigen sozial-ökologischen Wandlungsprozesse im Fokus. *Antje Blöcker* (Gelsenkirchen) berichtete von aktuellen »grünen« Umbauprozessen, die in Industriebetrieben primär als Teil einer neuen Wachstumsstrategie angekommen seien. Sie hätten damit nur wenig mit den älteren Konversionsdebatten gemein und wären stark vom Management getrieben. Beschäftigte in den Betrieben teilten zudem zwar wachstums- und kapitalismuskritische Argumentationen, thematisierten aber nach dem Modus »guter Betrieb, schlechte Gesellschaft« die gesellschaftspolitische Verantwortung des eigenen Betriebs und damit der eigenen Handlungsfähigkeit im Betrieb kaum. Der Umgang der Beschäftigten mit den im Rahmen von »grünen Umbauprozessen« entstehenden neuen Anforderungen in produzierenden Betrieben sollte auch im Beitrag von *David Kühner* (Hohenheim) im Mittelpunkt stehen. Der leider aufgrund von Krankheit entfallene Vortrag hatte sich zum Ziel gesetzt, dem möglichen Entstehen eines Typus von »grünen Arbeitskraftunternehmer*innen« nachzugehen. *Rüdiger Mautz* (Göttingen) diskutierte die Rolle und den Wandel von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Energiebereich (z.B. Energiegenossenschaften) aus einer betriebs- und arbeitssoziologischen Perspektive. Damit kämen u.a. Tendenzen der Selbstausbeutung und Überlastung in diesen Tätigkeitsfeldern ebenso in den Blick wie die Widersprüche weiterer Professionalisierung, um der Selbstausbeutung Schranken zu setzen. Denn eine unerwünschte Folgewirkung von Professionalisierung könnte die Marginalisierung der ehrenamtlichen Arbeit sein. Weiterhin sei fraglich, ob die Energieinitiativen angesichts jüngerer Veränderungen der Rechtslage ihre Rolle als Triebkräfte der Energiewende aufrechterhalten könnten.

In der Abschlussdiskussion wurden Ansatzpunkte für eine zukünftig zu intensivierende Diskussion und Forschungspraxis der Arbeits- und Umweltsoziologie benannt: Neben der konzentrierten Theorie- und Begriffsarbeit, d.h. der konzeptionellen Verknüpfung von Arbeit und Natur, wurde dafür plädiert, sich empirisch der Fülle an aktuellen Veränderungen zu widmen. Insgesamt könnten im Zusammenspiel mit anderen Akteuren und

(Sub)Disziplinen wichtige soziologische Beiträge für eine noch weitgehend ausstehende zusammenhängende Betrachtung von Arbeit und Umwelt bzw. Natur geleistet werden, wenn die sozial-ökologischen Bedingungen historisch-spezifischer Lebensformen und (Re)Produktionsweisen in globaler Hinsicht theoretisch und empirisch erfasst würden.

Thomas Barth

Sektion Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie

ESSA-Tagung »Mittelschichten/Mittelklassen im globalen Süden« an der Humboldt Universität Berlin

Vom 18. bis 20. Juni 2015 fand am Institut für Afrika- und Asienwissenschaften der HU Berlin die von Sergio Costa, Boike Rehbein und Florian Stoll organisierte Tagung statt.

Seit der Jahrtausendwende haben sich nach der Analyse von Entwicklungsinstitutionen und AkademikerInnen zusammen mit dem Wirtschaftswachstum von sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern neue »Mittelschichten/Mittelklassen« herausgebildet. Diese Mittelschichten werden im aktuellen Diskurs als Beispiel für den Aufstieg des globalen Südens und die Veränderungen im Verhältnis von Zentrum und Peripherie diskutiert. Zentrale Fragen der Tagung vor diesem Hintergrund waren, wer diese neuen Mittelschichten sind, wie ihr Lebensalltag aussieht, welche Gesellschaftsentwürfe sie verfolgen sowie ob und welche Unterschiede es in den einzelnen Weltregionen gibt. Damit verbunden wurden Konzepte und theoretische Rahmungen diskutiert.

Nach der Begrüßung durch die ESSA-Vorsitzende Petra Dannecker eröffnete *Göran Therborn* (Cambridge) die Tagung mit einer Key Note zum Thema »A coming middle class century«. Therborn vertritt die These, dass im globalen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts Mittelschichten außerhalb Europas und Nordamerikas eine immer größere Bedeutung bekommen und sie zu einer entscheidenden Kraft zukünftiger sozialer und politischer Entwicklungen werden.

Den 19. Juni eröffnete *Johanna Vogel* (Bayreuth) mit einem Vortrag zum Verhältnis von Frauen aus der Mittelschicht im indischen Chennai zu ihren weiblichen Hausangestellten. Dabei zeigt sie die komplexen Machtverhält-

nisse zwischen den sogenannten »Madames« und den »Maids«. Vogels Ergebnisse veranschaulichten, dass auch »Maids« machtvolle Akteurinnen sein können, vor allem wenn der Verlust einer »Maid« die Mittelschicht-Identität der »Madame« beschädigen könnte. *Stefanie Struliks* (Genf) Vortrag beschäftigte sich mit der muslimischen Mittelschicht in Lucknow, Indien. Dabei war zentral, was diese Mittelschicht auszeichnet und welche Identitätskonstruktionen – gerade in Abgrenzung zu den konfessionell »Anderen« – dominieren.

Michael Daxner und *Silvia Nicola* (Berlin) untersuchten die seit der Militärintervention 2001 bis 2005 entstandene neue Mittelschicht in Kabul. Diese am freien Markt tätige Gruppe von jungen AfghanInnen besitzt starke Aufstiegsaspirationen, die sie jedoch nur schwer gegen die Netzwerke der etablierten Mittel- und Oberschichten durchsetzen können. Auch *Taoufik Raheed* (Marburg) analysierte sozialstrukturelle Merkmale der Mittelschichten – in seinem Fall in Marokko – und diskutierte ihre mögliche Rolle in Demokratisierungsprozessen. *Gregor Seidl* (Wien) behandelte »Die »Neuen Mittelklassen« in Ecuador« und ihre politische Bedeutung vor dem Hintergrund der Ansätze von Nicos Poulantzas und Stuart Hall.

Anschließend beschrieb *Adele Bianco* (Chieti-Pescara) konzeptionell den Zusammenhang zwischen dem Entstehen der globalen Mittelschicht und einer Verbesserung ihrer Lebensqualität. *Jairo Baquero Melo* (Bogotá) entwickelte einen konzeptionellen Rahmen für die Analyse ländlicher Mittelschichten unter Berücksichtigung verwobener Formen von Ungleichheit. Exemplarisch rekonstruierte er anhand der Verteilung von Landbesitz die Situation ländlicher Mittelschichten in Kolumbien.

Andrea Noll (Mainz) und *Jan Budniok* (Hamburg) beschrieben die historische Entwicklung der Mittelschicht im kolonialen Ghana seit Ende des 19. Jahrhunderts. Auf der Grundlage von einzelnen Familiengeschichten zeichneten sie ein sehr differenziertes historisches Bild der ghanaischen Mittelschichten von den 1950er bis zu den 1980er Jahren. *Heiko Schrader* (Magdeburg) verglich Mittelklassehaushalte im rohstoffreichen Rentierstaat Kasachstan und im rohstoffarmen Kirgisistan. Für beide Länder beschrieb er die Situation ländlicher und städtischer Haushalte der unteren, mittleren und oberen Mittelklasse.

Anja Weiß und *Ariana Kellmer* (beide Duisburg-Essen) diskutierten im ersten Vortrag am 20. Juni, welche Bedeutung Migrationsentscheidungen in den globalen Norden für die soziale Position von Mitgliedern der Mittelschichten des globalen Südens besitzen. Die ergänzende Berücksichtigung

von Migrationsoptionen ermögliche ein exakteres Bild sozialer Lagen, da Migration für soziale Positionen im globalen Süden höchst relevant sein kann. *Christine Tschöll* (Bozen) ging auf »Sozial- und Strukturwandel in ländlichen Gebieten Südtirols« ein, wo die Krisen der globalen Ökonomie auch FacharbeiterInnen und zuvor gesicherte Angestellte in der Mittelschicht erreichen.

Der letzte Block bestand aus vier Kurzvorträgen zu Mittelschichten in verschiedenen Kontexten: *Boike Rehbein* (Berlin) sprach über Mittelklassen in Asien und schlug vor, sich reproduzierende Klassen anhand von Distinktionsformen und spezifischen kulturellen Merkmalen zu rekonstruieren. In allen asiatischen Gesellschaften – aber auch in anderen Ländern – finden sich aus historischen Ständen hervorgegangene etablierte und kämpfende Mittelklassen. *Sérgio Costa* (Berlin) ging auf den gegenwärtigen Disput um die Mittelklasse in Lateinamerika ein, wo sich im Lauf der 2000er Jahre Machtverhältnisse und symbolische Relationen zwischen der etablierten und der »neuen« Mittelklasse verschoben haben, die im Alltag zu Distinktionskonflikten führen. Trotz realer Verbesserungen kritisierte Costa das Selbstlob der Weltbank und anderer Institutionen für ihre *Pro Poor Policies*, da Verbesserungen weniger auf Umverteilung, sondern v.a. auf einen dynamischen Arbeitsmarkt und Armut reduzierende Sozialprogramme zurückzuführen seien. *Dieter Neubert* (Kassel) ging in seinem Vortrag zu Afrika vom Begriff der »Mittelschicht« aus. Die in vielen Ländern Afrikas gewachsene Mittelschicht zeichnet sich durch ein mittleres Einkommensniveau aus, kann aber kaum als Klasse im Sinn einer spezifischen sozioökonomischen Einheit (Verfügung über Produktionsmittel, sozio-professionelle Position) bestimmt werden. Zugleich zeigen sich soziokulturelle Differenzierungen innerhalb der Mittelschicht, die er mithilfe des Milieukonzepts für Kenia skizzierte. *Florian Stoll* (Bayreuth) verglich im Anschluss die soziokulturelle Ausdifferenzierung von Mittelschichten in Brasilien und Kenia. In Brasilien lassen sich Milieus wegen der historisch reproduzierten ungleichen Sozialstruktur weitgehend entlang sozioökonomischer Schichtgrenzen bestimmen, weshalb z.B. die Nachkommen afrobrasilianischer SklavInnen vor allem in den unteren Einkommensstrata festhängen. In Kenia sind dagegen Formen soziokultureller Differenzierung wie Stadt-Land-Bezüge, Ethnizität, Religiosität oder die Bedeutung der Großfamilie häufig wichtiger für die Analyse von Milieus als die sozioökonomische Position, was eine andere Konzeptualisierung als in Brasilien erfordert.

Die Diskussionen der Tagung, aber auch die Vielfalt der untersuchten Kontexte und theoretischen Ansätze zeigten, dass Mittelschichten/Mittelklassen im globalen Süden ein wichtiger, aber erst wenig behandelter Gegenstand sind. Dadurch bietet das Thema Anknüpfungspunkte für die konzeptionelle Weiterentwicklung sozialwissenschaftlicher Forschung jenseits eurozentrischer Verengungen und kann so auch Impulse für Forschung im globalen Norden liefern.

Florian Stoll

Sektion Politische Soziologie

Frühjahrestagung »Politische Soziologie transnationaler Felder« am 23. und 24. April 2015 in Potsdam

Die zweitägige Tagung der Sektion Politische Soziologie wurde von Christian Schmidt-Wellenburg und Stefan Bernhard organisiert und befasste sich mit dem Themenfeld der Transnationalisierung.

Auftakt der Tagung war der Vortrag von *Sigrid Quack* (Duisburg-Essen) zur »Vergleichenden Prozessanalyse transnationaler Governancefelder«, in dem Quack ihre methodologische Position skizzierte und abgrenzte. Transnationales Regieren ist für sie der Effekt von Governancefeldern mit organisationalen, kulturellen und inhaltlichen Eigenheiten, die es zu untersuchen gilt. Quack betont die Wichtigkeit des inhaltlichen Problembezugs für die Konstitution von Governancefeldern und rückt die Bedeutung von Kooperation und geteilten Konventionen in den Blick.

In einem ersten thematischen Block zur *Staatlichkeit* stellten *Andreas Schmitz* und *Daniel Witte* (Bonn) die Ergebnisse einer empirischen Studie zur »Transnationalisierung und Rekonfiguration von Staatlichkeit« vor. Sie begreifen Staaten als Felder der Macht, die den momentanen Stand der Auseinandersetzungen zwischen Machtfeldern abbilden. Staaten lassen sich so als Verhältnis zwischen Feldern modellieren, und es kann ein globales Feld der Macht als Verhältnis von Feld-Verhältnissen konstruiert werden, in dem sich verschiedene Staaten verorten lassen und ihre Eigenschaften relational zueinander bestimmbar werden. *Christian Schmidt-Wellenburg* (Potsdam) hingegen widmete sich in seinem Beitrag »Professionen, Europäisierung und die Konstruktion europäischer Staatlichkeit« dem Entstehen transnationa-

ler Ordnungen in Europa am Beispiel der Europäisierung der Finanzmarktaufsicht. Prozesse der Europäisierung sind das Ergebnis von Auseinandersetzungen in unterschiedlichen sozialen Feldern, in denen um den jeweils feldspezifischen Einsatz und zugleich um das Verhältnis der Felder zueinander gekämpft wird. In jedem Europäisierungsprozess wird nicht nur um eine konkrete Problemlösung, sondern zugleich um die Form der Staatlichkeit, d.h. in den meisten Fällen um die Bedeutung des Nationalstaats und seinen Wandel gerungen.

Der zweite Themenbereich vereinte Arbeiten, die sich der Analyse *transnationaler politischer Felder* widmen. *Frank Borchers* (Siegen) stellte in seinem Vortrag »EU-Lobbying als Beispiel für die Emergenz eines transnationalen politischen Feldes« ein zusammen mit Christian Lahusen bearbeitetes Projekt vor. Sie beobachten die Emergenz europäischer Handlungskontexte des Lobbyings mit Blick auf ihre Strukturierung und Regulierung durch geteilte berufliche Wissensbestände, Laufbahnen und Selbstverständnisse. Ihr Interesse gilt den zentralen Professionalisierungsprojekten auf europäischer Ebene, ihren Promotern und den Kontextfaktoren, die eine solche Entwicklung begünstigen. *Christian Laux* (Bremen) zeigte in seinem Vortrag »Der Fall TTIP: Zur Logik transnationaler Willensbildung und Entscheidungsfindung«, dass Freihandelsabkommen Teil einer politökonomischen Expansionsspirale sind und zugleich als geopolitische Friedensprojekte, kapitalistische Landnahmen und Momente ökologischer Bedrohung auftreten. Im europäischen politischen Feld wird TTIP von Befürwortern und Gegnern zur Synchronisierung unterschiedlicher Feldkontexte und zur Etablierung einer europäischen Vergemeinschaftung in Abgrenzung zu den USA genutzt.

Den ersten Tagungstag beschlossen zwei Vorträge zum Themenbereich *Professionen und Expertentum*. *Sebastian Büttner* (Erlangen-Nürnberg) skizzierte in »Think Tanks – Zur Genese und transnationalen Verbreitung einer Form der politischen Wissensbildung«, wie sich diese heute in nationalen und transnationalen politischen Feldern wichtigen Akteure aus unterschiedlichen relationalen Perspektiven analysieren lassen. Think Tanks agieren im Überschneidungsraum von politisch-bürokratischen, ökonomischen, medialen und wissenschaftlichen Feldern und ihre Genese ist historisch eng mit der Emergenz transnationaler politischer Felder verknüpft, weshalb Büttner für eine Felder und nationale Kontexte übergreifende Analyse plädiert. *Jens Maeße* (Warwick) stellte in seinem Vortrag »Die trans-epistemischen Felder der Globalisierung« sein Forschungsprogramm einer um-

fassenden diskursiven politischen Ökonomie ökonomischen Expertentums vor. Aus dem Blickwinkel dieses Forschungsprogramms entsteht Wirtschaftsexpertise nicht in nur einem Feld, sondern in einem trans-epistemischen Feld, welches das akademische, politische, mediale und wirtschaftliche Feld überwölbt. Die Transnationalisierung und Globalisierung ehemals nationalstaatlich eingebetteter Felder, Diskursordnungen und sozialer Netzwerke ist dann aus den Dynamiken des trans-epistemischen Feldes und seiner Logik heraus zu erklären.

Der zweite Tagungstag eröffnete mit dem Themenfeld *Wissenschaftspolitik* und dem Vortrag »Das »europäische Projekt« als Ordnungsanspruch im Feld der Macht am Beispiel des European Research Councils (ERC)«, in dem *Vincent Gengnagel* (Bamberg) Ergebnisse seiner Analyse der Genese des ERC vorstellte. Gengnagel weist nach, dass das europäische akademische Feld mit dem ERC weitere Autonomie gegenüber einerseits seinen nationalen Pendanten und andererseits dem europäischen bürokratischen Feld gewonnen hat. Dieser Wandel gelingt durch das Einflechten des Exzellenzdiskurses und des Elitismusdispositivs in die symbolischen Auseinandersetzungen. Im Anschluss stellte *Barbara Hönig* (Innsbruck, jetzt Luxemburg) die Ergebnisse ihrer Studie zum »Status-Wettbewerb durch Forschungsförderung: Dynamiken wissenschaftlicher Disziplinen im transnationalen Feld Europas« vor. Sie zeigt, dass die relative Kapazität der Geistes- und Sozialwissenschaften bei Weitem nicht durch eine entsprechende Forschungsvergabe des ERC abgedeckt oder reflektiert wird.

Im anschließenden Themenblock *Mobilität* verhandelte *Stefan Bernhard* in einer mit *Sarah Bernhard* erarbeiteten Studie (beide Nürnberg) zum Thema »Nicht-Diskriminierung für mobile Europäer? Befunde vom deutschen Arbeitsmarkt«, ob und welche Effekte die fortschreitende europäische Integration auf die Benachteiligung europäischer Ausländerinnen und Ausländer auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat. Sie zeigen, dass der Beitritt zur EU einen positiven Effekt auf Arbeitnehmende aus den Beitrittsländern hat. Arbeitsmobilität innerhalb der Europäischen Union stand auch im Mittelpunkt des Vortrags »Entstehung eines deutsch-spanischen Mobilitätsfeldes« von *Christiane Heimann* und *Oliver Wiczorek* (beide Bamberg), in dem sie Ergebnisse ihres qualitativen Forschungsprojekts vorstellten. Ausgehend von einer ersten Analyse umfangreicher Feldbeobachtungen und Interviews rekonstruieren sie die Logiken, Vorstellungen, Dispositionen und Kanäle, die diese anschwellende innereuropäische Migrationsbewegung strukturieren.

Den Abschluss der Tagung bildeten zwei Vorträge im Themenfeld *transnationale soziale Bewegungen*. *Bettina Mahlert* (Aachen) zeigte in ihrem Vortrag »Transformationsdynamiken und Formen der Legitimation im weltpolitischen Feld« das äußerst komplexe Verhältnis Bourdieus zu modernen Wertideen auf. Mahlert plädierte mit Pierre Bourdieu für eine politische Soziologie als Realpolitik der Vernunft und verdeutlichte anhand sozialer Bewegungen, wie universalistisch-egalitäre Wertbestände gegen Ungleichheiten ins Feld geführt und zur Transformation bestehender Ordnungen mobilisiert werden können. *Alex Veit* (Bremen) zeigte in seinem Vortrag »Anti-Austeritätsproteste und internationale Staatsschuldenpolitik: Eine Doppelbewegung in zwei Feldern?« anhand von Fallstudien zu Staatsschuldenkrisen lateinamerikanischer Staaten in den 1980er Jahren, welchen Einfluss soziale Proteste auf die durch internationale Gläubiger verordnete Sparpolitik haben.

Christian Schmidt-Wellenburg, Stefan Bernhard

Sektion Professionssoziologie

Tagung »Professionen, Professionalität, Professionalisierung – zur Aktualität und theoretischen Substanz der professionssoziologischen Debatte«

Am 25. und 26. Juni 2015 fand am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main die außerordentliche Tagung der Sektion Professionssoziologie statt. Dass die professionssoziologische Diskussion fruchtbare Zugänge zur Analyse sozialer Phänomene eröffnet, zeigt die Bandbreite der Forschung, die mit Begriffen von Profession, Professionalität und Professionalisierung operiert. Die genuin professionssoziologischen bzw. gesellschaftstheoretischen Implikationen des Begriffs bleiben indes oft im Dunkeln. Die Tagung stellte daher die Frage, welche theoretischen Konzepte die professionssoziologische Forschung gegenwärtig tragen und inwieweit der Professionsbegriff noch, weiterhin oder wieder gesellschaftstheoretisch gehaltvoll ist. Der Einladung zur Diskussion von Christiane Schnell und Gina Atzeni folgten Wissenschaftlerinnen aus den verschiedenen theoretischen Perspektiven der deutschen Professionssoziologie.

Den Auftakt machte *Michaela Pfadenbauer* (Wien) mit Einlassungen zur »Krise des Professionalismus«. Sie problematisierte, dass der Anspruch der

etablierten Professionen auf kognitive wie normative Überlegenheit im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, die mit den Begriffen Individualisierung und Pluralisierung beschrieben werden, Erosionserscheinungen zeitigt, welche den Professionalismus nicht nur »von außen«, sondern auch »von innen« auszuhöhlen scheinen.

Claudia Scheid (Bern) ging auf notwendige theoretische Weiterentwicklungen ein. Unter dem Titel: »Theoretische Erträge und empirische Probleme in der Verwendung des revidierten und trennscharfen Professionsbegriffs« führte sie empirische Beispiele an, die verdeutlichen, dass der Anspruch, die Logik des Lehrerberufes rekonstruktionstheoretisch präzise aufzuschließen, an Grenzen stößt. Auch *Ursula Streckeisen* (Bern) argumentierte für die Weiterentwicklung des strukturtheoretischen Ansatzes. Mit dem Blick auf die Pflegeberufe diskutierte sie »Professionen zwischen Gebrauchswert und Tauschwert«.

Werner Vogd (Witten Herdecke) fragte mit Rekurs auf Gotthard Günthers reflexionslogisches Instrumentarium, wie sich unterschiedliche professionssoziologische Theorieränge verzahnen lassen. Ein zentrales Argument seines Vortrages »Professionen in der Moderne und der nächsten Gesellschaft – Kontinuität in der Diskontinuität?« war, dass Professionen in der Tat Ausdruck des spezifischen gesellschaftlichen Arrangements der Moderne seien. Das ursprüngliche Bezugsproblem komme jedoch trotz der konstatierten Veränderungen auch zukünftig nicht zum Verschwinden. *Gina Atzeni* (München) analysierte die »Genese und Bedeutung der Sozialfigur Arzt«. Sie führte ärztliche Professionalität dabei nicht als Personen- oder Berufsgruppenmerkmal an, sondern als sozialen Mechanismus im Verhältnis zwischen Medizin und Gesellschaft. Der zum Abschluss des ersten Tagungstages vorgesehen Vortrag von *Bernd Dowe* (Magdeburg) »Theoretische und methodologische Aspekte des Konzeptes »Reflexive Professionalität vor dem Hintergrund der aktuellen professionssoziologischen Diskussion« entfiel bedauerlicherweise.

Am zweiten Tag eröffnete *Ulrich Oevermann* (Frankfurt am Main) die Diskussion mit seinem Vortrag »über die Einbindung der revidierten Professionalisierungstheorie in die Theorie der Gesellschaft«. Auch gegenwärtige Prozesse der Ausdifferenzierung und Deprofessionalisierung, so seine Argumentation, lassen sich erst durch die Unterscheidung zwischen faktischer Professionalisiertheit und Professionalisierungsbedürftigkeit von Tätigkeiten unter dem Gesichtspunkt der Funktion der stellvertretenden Krisenbewältigung angemessen beurteilen.

Roland Becker Lenz (Olten) plädierte für eine »Verbindung der Institutionalisierungen von Professionalität und der Strukturlogik professionellen Handelns«. Mit Blick auf das Feld der sozialen Arbeit legte er die forschungspraktischen Implikationen und interdisziplinären Berührungspunkte einer verbindenden Perspektive dar, die Deprofessionalisierungsphänomene erst in ihrer vollen Tragweite verdeutliche.

Unter dem Titel »Moralische Gemeinschaften? Zum Verhältnis von Professionalisierung und Vermarktlichung« diskutierte *Christiane Schnell* (Frankfurt am Main) das analytische Potential der Professionssoziologie über die klassischen Professionen hinaus. Anhand empirischer Beispiele zeigte sie, inwiefern sich identitätsstiftende Berufskulturen in Feldern wie Journalismus, Finanzdienstleistungen oder Pharmaindustrie mit und gegen gesellschaftliche Prozesse der Ökonomisierung entwickeln.

Zum Schluß schlug *Harald Mieg* (Berlin) in seinem Vortrag »Von Profession und Professionalisierung hin zu Professionalität und wieder zurück zu einer Formalisierungs-Theorie?« vor, sich auf die Formalisierung als notwendige Bedingung von Profession wie Professionalität zurück zu besinnen. Letztere seien ohne Bezug auf formal verstandenes Wissen heute kaum denkbar.

Über zwei Tage und neun Vorträge entspann sich eine hoch interessante und intensive Diskussion, die sowohl das Interesse als auch den Bedarf an einer paradigmengreifenden theoretischen Auseinandersetzung deutlich machte. In der Spannung zwischen strukturellen Veränderungen und fortbestehendem Problembezug hat die Professionssoziologie sich neuer Themen angenommen und theoretische Weiterentwicklungen angestoßen. Mit rund 45 TeilnehmerInnen waren die Raumkapazitäten des Instituts für Sozialforschung ausgelastet. Eine Fortsetzung der Debatte in größerem Maßstab wird bereits geplant. Beiträge aus der Debatte werden in einen Sonderband der Zeitschrift »Professions and Professionalism« publiziert und in das derzeit im Prozess befindliche und bei Springer erscheinende Handbuch Professionssoziologie, herausgegeben von Michaela Pfadenhauer und Christiane Schnell, eingehen.

Christiane Schnell

Sektionen Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse, Medizin- und Gesundheitssoziologie sowie Soziologische Netzwerkforschung

Tagung »Lebenslauf, soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheit« am 28. und 29. Mai 2015 an der Universität Rostock

Die Tagung »Lebenslauf, soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheit« wurde für die drei Sektionen Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse Medizin- und Gesundheitssoziologie sowie Soziologische Netzwerkforschung von Andreas Klärner, Rasmus Hoffmann, Peter A. Berger und Monika Jungbauer-Gans, und für die AG Medizinsoziologische Theorien der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie (DGMS) von Stefanie Sperlich und Kerstin Hofreuter-Gätgens organisiert. Mit unterschiedlichen Perspektiven und Beispielstudien beschäftigten sich die TeilnehmerInnen mit gesundheitlicher Ungleichheit im Lebenslauf und in Verbindung mit sozialen Netzwerken.

Siegfried Geyer (Hannover) stellte in seinem Eröffnungsvortrag »Soziale Einflüsse auf Gesundheit und Krankheit- Wie gehen sie unter die Haut?« die Bedeutung einer interdisziplinären Perspektive heraus, um den komplexen Wechselwirkungen von körperlichen, kognitiven, emotionalen und sozialen Prozessen in der Krankheitsgenese Rechnung zu tragen. Anhand von empirischen Befunden für unterschiedliche Phasen des Lebensverlaufs wurden die heterogenen Zusammenhänge zwischen sozialen Faktoren und Gesundheitsrisiken dargestellt und Perspektiven einer lebenslaufsensiblen medizinsoziologischen Forschung skizziert.

In der anschließenden ersten Session »Ungleichheit, Erwerbsarbeit und Gesundheit« diskutierte *Rasmus Hoffmann* (Florenz) in seinem Vortrag wesentliche Aspekte für die Auswahl eines geeigneten Konzeptes zur Operationalisierung des sozioökonomischen Status für die Analyse gesundheitlicher Ungleichheit. *Wolfgang Voges* (Bremen) untersuchte anhand von Routinedaten der ehemaligen Gmünder Ersatzkasse (GEK), ob Arbeitslosigkeit krank macht oder ob kranken Arbeitslosen eher der Weg zurück in die Erwerbstätigkeit versperrt ist. *Ann-Christin Renneberg* (Hamburg) thematisierte in ihrem Vortrag die Ursachen gesundheitlicher Ungleichheit bei Müttern unter besonderer Berücksichtigung von Alleinerziehenden und beleuchtete dabei die Rolle von Erwerbsarbeit und institutionellen Rahmenbedingungen in Europa. Mit den Daten des Sozioökonomischen Panels

(SOEP) gingen *Anne Busch-Heizmann* und *Elke Holst* (Hamburg) der Frage nach, inwieweit Frauen in hochqualifizierten (Führungs-)Positionen in besonderem Maße von Arbeitsbelastungen und sozialer Ausgrenzung am Arbeitsplatz betroffen sind.

Die Postersession »Neue Perspektiven: Theorie und Empirie gesundheitlicher Ungleichheit« startete mit zwei (Kurz-)Vorträgen, die sich mit Theorien zur Erklärung gesundheitlicher Ungleichheit auseinandersetzten. *Ingeborg Jabn* (Bremen) stellte zunächst das Konzept der Intersektionalität vor und diskutierte die Möglichkeiten und Grenzen des Konzeptes zur Erklärung gesundheitlicher Ungleichheiten. Den Einfluss des sozialen Netzwerks auf das Gesundheitsverhalten bei leichten Symptomen wurde von *Dorothea Böhr* (Siegen) anhand erster Ergebnisse der HEALSEE-Studie präsentiert (Healthcare-Seeking by Older People in Germany). Die anschließenden Vorträge thematisierten die Pflege. *Sylke Sallmon* (Berlin) erläuterte, wie in ihrer Berliner Studie auf der Ebene des Raumes der Zusammenhang zwischen Erwerbsminderung und Pflegebedürftigkeit in einkommensarmen Lebenslagen mit anderen gesundheitlichen und sozialen Belastungen und deren sozialräumlichen Polarisierung nachgewiesen werden konnte. Die gesundheitlichen Auswirkungen von informeller Pflege auf die Gesundheit der Pflegenden in verschiedenen Wohlfahrtsstaaten Europas wurden in dem Vortrag von *Judith Kaschowitz* (Dortmund) beleuchtet. Schließlich stellte *Katharina Seebaß* (Erlangen) die Frage »Who cares about the care giver?« und untersuchte anhand der Daten des SOEP, inwieweit die informelle Pflege das Wohlbefinden der pflegenden Person beeinflusst, und zeigte dabei die Grenzen des SOEP bei dieser Fragestellung.

Im ersten Vortrag der Session »Soziale Netzwerke und gesundheitliche Ungleichheit« stellte *Nico Vonnelich* (Hamburg) den aktuellen Forschungsstand hinsichtlich des möglichen Beitrags sozialer Netzwerke für die Erklärung gesundheitlicher Ungleichheit vor und wies dabei auf erhebliche Forschungslücken und das Potential der soziologischen Netzwerkforschung in diesem Bereich hin. Anschließend diskutierte *Lea Ellwardt* (Köln) die Frage, ob unterschiedliche Typen persönlicher Netzwerke differente Überlebenschancen im hohen Alter erklären. Sie stellte dabei eine Netzwerk-Typologie vor, die sie gemeinsam mit *Theo van Tilburg* und *Marja Artsen* (Amsterdam) anhand struktureller und funktionaler Charakteristika sozialer Netzwerke entwickelte. Basierend auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts »Lebensqualität und Erinnerung in ländlichen Gemeinden« (LETHE), veranschaulichten *Jens A. Forkel* und *Maureen Grimm* (Neubrandenburg) die

Relevanz sozialer Dynamiken dörflicher Verbände als Faktoren sozialer Unterstützung und soziokultureller Resilienz. Im abschließenden Beitrag der Session wies *Irene Moor* (Halle an der Saale) mit Ergebnissen des deutschen Teils der länderübergreifenden Studie »Smoking Inequalities – Learning from Natural Experiments« (SILNE) auf die Relevanz schulischer sozialer Netzwerke für das Rauchverhalten von Jugendlichen hin.

Den zweiten Tag eröffnete *Hannes Kröger* (Florenz) mit einem Keynote Vortrag, in dem ein neues Schema zur Evaluation von Theorien und Studien gesundheitlicher Ungleichheit im Lebenslauf präsentiert wurde. *Johannes Stauder* und *Tom Kossov* (Heidelberg) untersuchten in der darauffolgenden Session »Sozioökonomische Aspekte von Gesundheit« die Frage, ob die bessere Gesundheit privat Versicherter nur auf Selektion oder auch auf Kausalität zurückzuführen ist. *Andreas Klocke* (Frankfurt am Main) stellte eine neue empirische Studie zum Zusammenhang von sozialem Kapital und Unfällen bei Schulkindern vor. *Janina Söhn* (Göttingen) und *Tatjana Mika* (Berlin) sprachen in der Session »Lebenslaufperspektive gesundheitlicher Ungleichheit« über das Risiko einer Erwerbsminderung, Chancen auf entsprechenden Rentenbezug, und deren Determinanten in der Erwerbsbiographie. *Manuela Pfänder* (Bremen) beschäftigte sich mit dem Effekt des Bildungsniveaus der Mutter auf die Bildungserfolge der Kinder und dem Einfluss pränataler Risikofaktoren.

An der Tagung nahmen 50 Personen teil, und es gab 19 Präsentationen. Die Zusammenarbeit von drei DGS Sektionen und der AG der DGMS, die eine Diskussionen aus verschiedenen disziplinären Blickwinkeln anstieß, wurde als besonders fruchtbar empfunden.

Das Tagungsprogramm und Links zu den Abstracts und Präsentationen sind online unter: www.wiwi.uni-rostock.de/soziologie/makrosoziologie/tagungen/lebenslauf-soziale-netzwerke-und-gesundheitliche-ungleichheit

Peter A. Berger, Rasmus Hoffmann, Kerstin Hofreuter-Gätgens, Monika Jungbauer-Gans, Andreas Klärner und Stefanie Sperlich

Sektion Sozialpolitik

Jahrestagung 2013 »Glaube an Gerechtigkeit? Leitbilder in der Sozialpolitik« in Köln

Am 26. und 27. September 2013 fand in Köln in den Räumen der Fritz Thyssen Stiftung die Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik statt. Organisiert wurde die Tagung, die mit Mitteln der Fritz-Thyssen-Stiftung gefördert wurde, von Christoph Strünck und Stephan Kutzner von der Universität Siegen.

In seinem Eröffnungsvortrag analysierte *Franz-Xaver Kaufmann* (Bielefeld) den »Sozialstaat als kulturell fundierten Prozess«. Demnach seien zentrale Ideen der Sozialpolitik zwar häufig mit Interessenpositionen verknüpft. Dennoch hätten Grundnormen eine eigene kulturelle Rechtfertigungslogik. *Jürgen Kohl* (Heidelberg) konnte zeigen, dass die Erwartungen an soziale Sicherung in Europa sehr ähnlich sind und die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats generell hoch ist, unabhängig vom jeweiligen Typus des Wohlfahrtsstaats. Allerdings sei die Zufriedenheit mit der Sozialpolitik sehr unterschiedlich, was aber weniger mit unterschiedlichen Wohlfahrtskulturen zu tun habe. Vielmehr gebe es teilweise starke Abweichungen zwischen Ansprüchen und der politischen Umsetzung.

Alexander Lenger (Freiburg) rekonstruierte Parallelen und Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum, dominanten Gerechtigkeitsvorstellungen und sozialpolitischen Entscheidungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er zeichnete nach, wie die Akzeptanz der Marktwirtschaft publizistisch und politisch flankiert wurde, indem auf Normen und Traditionen der Vorkriegszeit zurückgegriffen wurde. *Sigrid Betzelt* (Berlin) und *Silke Bothfeld* (Bremen) griffen das nach wie vor aktuelle Aktivierungsparadigma in der Arbeitsmarktpolitik auf. Aktivierung könne nur dann die Autonomie von Individuen fördern, wenn in den Dimensionen der Qualität, des Zugangs und der Partizipation spezifische Rahmenbedingungen geschaffen würden.

Tim Obermeier und *Kathrin Schultheis* (Remagen) blickten auf die Gerechtigkeitsvorstellungen von Vermittlern und Klienten bei Arbeitsgelegenheiten, die sie empirisch untersucht haben. Diese seien nur in bestimmten Dimensionen deckungsgleich; gerade was das »Integrationsdogma« angehe, gerieten die Vorstellungen der Arbeitsvermittler in Konflikt mit dem, was die Klienten für gerecht im Sinne einer realistischen Teilhabemöglichkeit hielten. *Michael Grüttner* (Nürnberg) widmete sich einem ehemals promi-

nen Instrument der Arbeitsförderung, dem Gründungszuschuss. Mit Rückgriff auf Theorieansätze von Boltanski u.a. konnte er in einer mikrosoziologischen Studie zeigen, wie sehr die Diskurs-Situation zwischen Vermittler und Klienten darüber entscheidet, ob Erfolge erreicht oder Konflikte ausgelöst werden. Ob die »unternehmerische Eignung« festgestellt wird, hängt eher von den Diskurs-Positionen und damit verbundenen Deutungsmustern ab, als von vorgegebenen Regelwerken oder nachprüfbareren Kriterien.

Marc Breuer (Paderborn) betrachtete die Altenhilfe als ein soziales Feld nach Bourdieu und analysierte darin dominante Deutungen von Teilhabe. Bewohner, Träger und Personal hätten zwar unterschiedliche Kapitalausstattungen in diesen Diskursen, dennoch seien Kooperationen genauso wie Konflikte zu erkennen, die auch vermeintlich schwache Gruppen wie die Bewohner über Koalitionen mit anderen stärken könnten. *Frank Nullmeier* (Bremen) widmete sich den zahlreichen methodischen und methodologischen Schwierigkeiten, transnationale Leitbilder der Sozialpolitik zu rekonstruieren. Er präsentierte unterschiedliche Entwicklungsthesen, von denen abhängen, ob sich transnationale Leitbilder in Form von Hybridisierung, Transfer, Dominanz oder auch als Parallele entwickelten; letztlich sei aber die Herkunft eines Leitbildes nicht so wichtig wie die Konflikte oder Kopplungen zwischen Leitbildern.

Achim Goerres (Duisburg-Essen) ging in einer vergleichenden Studie der Frage nach, ob die Legitimation wohlfahrtsstaatlicher Reformen grundsätzlich mit wirtschaftlichem Druck einhergehe. Der Vergleich von zentralen politischen Reden in Norwegen, Schweden und Deutschland zeige, dass sich ähnliche Argumentationsmuster teilweise von der ökonomischen Situation des Landes entkoppelt und damit eine eigenständige Diskurs-Stabilität erreicht hätten. *Martin Schröder* (Marburg) konnte anhand unterschiedlicher Datenquellen zeigen, dass es über einen längeren Zeitraum signifikante Übereinstimmungen gibt zwischen Einstellungen zu sozialer Gerechtigkeit, der Medienberichterstattung und der tatsächlichen Entwicklung sozialer Ungleichheit. In der Phase der Agenda 2010 wurde »soziale Ungleichheit« weniger in den Medien erwähnt, und die Unterstützung für Sozialleistungen ging gleichzeitig in der Bevölkerung zurück. Inzwischen steht das Thema jedoch wieder auf der Agenda, die sozialen Unterschiede nehmen zu, und vom Wohlfahrtsstaat wird auch wieder mehr Umverteilung erwartet.

Zum Abschluss der Tagung moderierte Michael Brocker vom Westdeutschen Rundfunk ein Podiumsgespräch zum Thema: »Welche Leitbil-

der dominieren die Sozialpolitik?» *Stephan Lessenich* (München) betonte, dass Leitbilder wie Aktivierung sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik von höchst unterschiedlichen Gruppen propagiert wurde und werde. Auch wenn die Motive unterschiedlich seien, stärke es insgesamt eine Agenda, die kritikwürdig sei. Laut *Stefan Huster* (Bochum) habe dieses Leitbild jedoch dazu geführt, etablierte Routinen der Sozialpolitik in Frage zu stellen und nach der Wirksamkeit von Sozialleistungen zu fragen. *Margarete Schuler-Harms* (Hamburg) rückte die Bedeutung übergeordneter gesellschaftlicher Leitbilder in den Vordergrund. Das über Jahrzehnte gewachsene Familienbild würde nach wie vor auch die Sozialpolitik prägen; auch mögliche Richtungsentscheidungen über eine stärker sozialpolitisch orientierte Familienförderung seien davon beeinflusst.

Christoph Strünck

ESPAnet Workshop 2013

Die Sektion Sozialpolitik beteiligte sich außerdem am Doktorandenworkshop der deutschen Sektion des European Social Policy Network (ESPAnet) am 14. und 15. November 2013 in Köln zum Thema »Privatisation and Marketisation of Social Services and Social Programmes«. Als Senior Researcher von der Sektion war Prof. Dr. Simone Leiber, FH Düsseldorf, aktiv an der Vorbereitung und als Kommentatorin beteiligt. An diesem dritten gemeinsamen Doktorandenworkshop stellten im Rahmen von verschiedenen thematischen Panels 14 DoktorandInnen ihre Arbeiten und Ergebnisse vor.

Sektionsveranstaltung »Revival oder Rückzug? Der Sozialstaat in Krisenzeiten« auf dem DGS-Kongress 2014 in Trier

Krisen und Sozialstaat stehen in einem vielschichtigen, spannungsreichen Verhältnis. Nicht zuletzt dem Sozialstaat kommt gemeinhin die Aufgabe zu, sowohl gegenwärtige Gefährdungen als auch Zukunftsunsicherheiten zu reduzieren. Insbesondere in Krisenzeiten wird er damit zum Adressaten von Sicherungserwartungen. Und zahlreiche Beispiele zeigen, dass es ihm tatsächlich gelingen kann, die sozialen Folgen von Krisen abzufedern – bei konjunkturellen Krisen, indem er etwa Sozialleistungen bereit hält, die vor

Verelendung schützen, die Kaufkraft stabilisieren oder Qualifikationen erhalten; bei strukturellen Krisen, indem er individuelle und kollektive Handlungsspiel- und -zeiträume eröffnet und so betroffenen Akteuren die erforderlichen strukturellen Anpassungsleistungen ermöglicht. Sozialpolitik kann und soll derartigen Krisen etwas entgegensetzen. So gesehen sind Krisen Bewährungsproben für den Sozialstaat.

Andererseits sind Krisen Umbruchphasen. Das gilt für den Sozialstaat als zentrales institutionelles Arrangement moderner Gesellschaften in besonderer Weise. In Krisenzeiten geraten soziale Rechte, Sicherungssysteme und Sozialpolitiken diskursiv unter Druck. Zahlreiche Befunde belegen zwar, dass die rhetorische Infragestellung sozialstaatlicher Leistungen und Institutionen nicht zwangsläufig auch zu faktischem Sozialstaatsabbau im großen Stil führen muss. Jedoch ist unterhalb stabiler Sozialleistungsniveaus »schleichender« Sozialabbau durchaus möglich: etwa durch die Neuausrichtung von Umverteilungsmustern oder die Neujustierung von Finanzierungsanteilen zwischen sozialen Gruppen, durch die Verschärfung von Zugangsvoraussetzungen zu Sozialleistungen, durch den Abbau öffentlicher Beschäftigung oder – und in Krisenkontexten besonders bedeutsam – schlicht durch sozialpolitische Untätigkeit trotz massiven Problemanstiegs. Damit sind institutionelle Krisen immer auch Phasen, in denen etablierte Redistributionsregeln zur Diskussion stehen und geprüft wird, welche sozialen Beziehungen tragfähig, welche Formen von Solidarität möglich sind – kurz: welche Wir-Gruppen-Konstruktionen sich als umverteilungsfest erweisen.

Analytisch betrachtet kann also Sozialpolitik abhängige oder unabhängige Variable oder in verkoppelten Fragestellungen beides sein. Abhängige Variable ist sie, sofern sie auf gesellschaftliche Ursachen wie zum Beispiel Krisen reagiert. Unabhängige Variable ist sie, wenn man sie als Ursache weitergehender gesellschaftlicher Entwicklungen begreift. Die drei Vorträge in der Sektionsveranstaltung lassen sich gut in dieses Schema einordnen.

Patrick Sachweh (Frankfurt am Main) nahm mit seinem Vortrag die erstgenannte Perspektive ein, ging aber zugleich darüber hinaus. Im Zentrum seines Vortrages stand weniger die Frage, wie mittels Sozialpolitik auf die Krisenphänomene der letzten Jahre reagiert wurde, sondern darüber hinausgehend und international vergleichend die Frage, in welcher Weise diese Krisen und die sozialpolitischen Reaktionen darauf auf die Akzeptanz des Sozialstaates und auf die Unterstützungsbereitschaft der Leute durchschlagen. Dabei untersuchte er gruppenspezifische Krisenbetroffenheiten und setzte diese in Beziehung zu gruppenspezifischen Unterstützungsbe-

reitschaften für den Sozialstaat. Im Ergebnis zeigt sich, dass die so genannte Eigennutz-These den größten Erklärungswert für diese Unterstützungsbereitschaft bietet: In Krisenzeiten steigt bei einigen sozialen Gruppen der Bedarf an sozialstaatlichen Leistungen – und damit auch deren Unterstützung für den Sozialstaat. Vor allem in universalistisch geprägten Sozialstaaten steigt diese Unterstützungsbereitschaft auch dann, wenn nicht eigene Betroffenheit, sondern die sozial und persönlich nahestehender Akteure den Bedarf an sozialstaatlichen Leistungen erhöht (Unsicherheitsthese). Hingegen lässt sich nicht zeigen, dass Krisenerfahrungen generell in der Gesellschaft zu mehr Solidaritätsbereitschaft und steigender Sozialstaatsunterstützung führen (Empathiehypothese).

Im Vortrag von *Andrea Hense* (Bielefeld) erschien Sozialpolitik hingegen stärker als unabhängige Variable. Auf Basis einer Kombination von Theoremen sozialer Produktionsfaktoren sowie feld- und habitustheoretischer Elemente und anhand von SOEP-Daten untersuchte sie den Einfluss sozial- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf die subjektive Prekaritätswahrnehmung. Dabei zeigt sich nicht nur, dass das institutionelle Setting sozialpolitischer Maßnahmen in Abhängigkeit von persönlichen Betroffenheitserfahrungen einen wesentlichen Einfluss auf subjektive Prekaritätsempfindungen hat. Hense konnte auch zeigen, dass die Zielrichtung sozialpolitischer Reformen (Kommodifizierung oder Dekommodifizierung) entsprechende Auswirkungen auf diese Prekaritätswahrnehmungen hat. Aus dieser Perspektive kann der Sozialstaat als Krisenmanager Impulse setzen, die individuelle Prekaritätswahrnehmungen, letztlich also auch individuelle Krisenerfahrungen, begünstigen oder abschwächen können.

Der Vortrag von *Stefan Kutzner* (Siegen) schließlich kann als Beispiel dienen für eine verkoppelte Fragestellung. Ausgehend von einer Charakterisierung der frühen deutschen Rentenpolitik als fragmentiert macht Kutzner zunächst auf einige rentenpolitische Reformen aufmerksam, deren Intention oder zumindest Effekt eine Universalisierung der Alterssicherung in Deutschland ist. Dem stehen jedoch in jüngster Zeit politische Maßnahmen gegenüber, die sich Kutzner zufolge als eine Re-Fragmentierung des deutschen Alterssicherungssystems interpretieren lassen. Darüber hinaus zeigen einige basale inhaltsanalytische Analysen, dass den jüngsten Maßnahmen, insbesondere der Einführung der so genannten Lebensleistungsrente, ein paternalistisches Staatsverständnis zugrunde liegt, das bereits für die Einführung der Rentenversicherung unter Bismarck prägend war. Eine verkoppelte Fragestellung im oben verstandenen Sinne ist dies insofern,

weil Kutzner ausgehend vom demographischen Wandel als Herausforderung für den Sozialstaat Sozialpolitik zunächst als abhängige Variable konzeptualisiert, daran anschließend aber auch zeigt, inwieweit sich durch sozialpolitische Anpassungsbemühungen ihrerseits auch gesellschaftliche Strukturen und Wechselbeziehungen wandeln.

Insgesamt präsentierten die drei Vortragenden (zwei weitere Referentinnen mussten ihre geplanten Vorträge leider absagen) sehr unterschiedliche Sichtweisen auf das Verhältnis von Sozialstaat und Krise. Schon diese kleine Zahl an Beiträgen zeigt, dass die Frage nach sozialpolitischer Entwicklung unter Kriseneindruck weder mit einem Befund spürbaren Revivals noch mit dem Nachweis sozialstaatlichen Rückzugs eindeutig zu beantworten ist. Vielmehr erweist sich jenseits von Auf- und Abbau der Umbau des Sozialstaates in Krisenzeiten und in Reaktion auf Krisen als ein wiederkehrendes Muster.

Thilo Fehmel